

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Laufs, Fellner, Clemens, Schmidbauer, Dolata, Dr. Lippold, Dr. Blank, Dr. Blens, Broll, Kalisch, Krey, Dr. Warrikoff, Dr. Olderog, Weirich, Weiß, Gerlach (Obernau), Regenspurger, Austermann, Biehle, Boroffka, Frau Dempwolf, Engelsberger, Dr. Faltlhauser, Gerstein, Glos, Dr. Hoffacker, Hinrichs, Hinsken, Höffkes, Frau Hoffmann (Soltau), Dr. Jobst, Jagoda, Jung (Lörrach), Dr. Kunz (Weiden), Keller, Kraus, Lenzer, Dr. Miltner, Marschewski, Dr. Möller, Dr. Riedl (München), Frau Rönsch, Reddemann, Frau Roitzsch (Quickborn), Roth (Gießen), Schneider (Idar-Oberstein), Freiherr von Schorlemer, Schulhoff, Schulze (Berlin), Seesing, und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Baum, Grünbeck, Dr. Hirsch, Beckmann, Kleinert (Hannover), Dr. Feldmann, Dr. Rumpf, Frau Seiler-Albring, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP

Wasserversorgung

Der vom Bundesminister des Innern herausgegebene Bericht über die Wasserversorgung in der Bundesrepublik Deutschland kommt zu dem Ergebnis, daß unsere Wasserversorgung derzeit gesichert ist und im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz einnimmt. Der Bericht macht aber auch deutlich, daß in einigen Bereichen noch Probleme bestehen oder entstehen könnten und daß zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung erhebliche Anstrengungen erforderlich sind.

In manchen Gebieten, insbesondere in Ballungsgebieten, reicht das örtliche Wasservorkommen nicht aus, den gestiegenen Wasserverbrauch zu decken, so daß Fernwasserversorgungen notwendig sind. Daneben gibt es örtlich eine Nutzungskonkurrenz zwischen öffentlicher Wasserversorgung und Industrie-Wasserversorgung. Dies gilt besonders für zur Trinkwasserversorgung gut geeignete Grundwasservorkommen. Übermäßige Entnahme von Grundwasser kann auch zu ökologischen Schäden führen.

Besonders ernst sind die Probleme der Rohwasserqualität. Vom Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Industrie, Gewerbe und Verkehr, aber auch von der zunehmenden Verwendung chemischer Produkte im Haushalt, von Abfall-Altlasten, nicht ordnungsgemäßer heutiger Abfallbeseitigung oder von einer falschen oder zu intensiven landwirtschaftlichen Nutzung gehen Gefahren für die Oberflächengewässer und besonders das Grundwasser aus, die ernst zu nehmen sind und die es weiter zu bekämpfen gilt.

Die Reinigung von Rohwasser bei der Trinkwasseraufbereitung ist zwar weitgehend möglich, und die Aufbereitungs-Technologie hat einen hohen Stand erreicht. Derartige Reparaturen von Schäden in der Wasserqualität können und sollen auf Dauer einen wirksamen vorsorglichen Gewässerschutz nicht ersetzen.

Unser Augenmerk muß deshalb neben der Weiterentwicklung der Wasseraufbereitung und Wasserverteilung besonders dem vorsorgenden Gewässerschutz und seiner sinnvollen Gewässerbewirtschaftung gelten. Dem Grundwasser, dessen Gefährdung erst spät erkannt wurde, muß dabei besondere Beachtung geschenkt werden.

Im Zusammenhang mit der Sicherung der Wasserversorgung stellen sich eine Reihe von Fragen, die es zu beantworten gilt.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Zentrale und dezentrale öffentliche Wasserversorgung

1.1 Wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung des Wasserverbrauchs und -dargebots im Bereich der öffentlichen Wasserversorgung ein?

1.2 Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr für den regionalen Wasserhaushalt und eventuelle ökologische Schäden als Folgen einer zunehmenden Zentralisierung der Wasserversorgung und damit meist verbundener örtlich konzentrierter Wassergewinnung?

1.3 Wie beurteilt die Bundesregierung eine zentrale gegenüber einer dezentralen Wasserversorgung aus volkswirtschaftlicher Sicht, auch unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit?

Gibt es Erkenntnisse über die Wirtschaftlichkeit von Fernwasserversorgungsanlagen im Vergleich zu dezentralen Versorgungsanlagen?

1.4 Wie beurteilt die Bundesregierung Korrosion und Verkeimung bei großdimensionierten Versorgungsleitungen mit relativ langen Stillstandzeiten oder geringen Fließwassergeschwindigkeiten? Wie haben sich insbesondere „Mischwässer“ in Fernwasserversorgungsanlagen ausgewirkt?

1.5 Wäre es nicht erstrebenswert, sog. „Verbundversorgungen“ zu erstellen, in denen die Fernwasserversorgung nur noch Ergänzung zur dezentralen Versorgung einzelner Kommunen darstellt?

1.6 Welche Vorsorgemaßnahmen werden getroffen, um bei Störungen zentraler Wasserversorgungsanlagen die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen?

1.7 Welche besonderen Probleme ergeben sich nach Kenntnis der Bundesregierung bei verwaltungs- und ländergrenzenüberschreitenden Wasserversorgungssystemen, z.B. bei Schutzzonenausweisung etc.?

2. Grundwasser

2.1 Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Bundesregierung geboten, um einer weiteren Versiegelung der Oberfläche, einem dadurch bedingten schnelleren Abfluß u. a. wegen Verstärkung der Hochwassergefahr und verringerter Selbstreinigung entgegenzuwirken? Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr eines weiteren dauerhaften Absinkens des Grundwasserspiegels?

2.2 Welche Gefährdungen des Grundwassers sind bekannt, und wie sind sie zu bewerten? Welche Gegenmaßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, und welche Schritte gedenkt sie hierzu im Rahmen ihrer Kompetenzen einzuleiten, um einer Gefährdung des Grundwassers insbesondere aus

- unsachgemäßem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen,
 - falscher Abfallbeseitigung,
 - Altmüllablagerung,
 - unsachgemäßem Düngemittel- (Mineraldünger und Gülle) und Pflanzenbehandlungsmittelsinsatz,
 - Wärmepumpen, die Grundwasser als Wärmequelle verwenden,
 - Erdaufschlüssen (z. B. Kiesgruben),
 - Streusalz,
 - Luftverunreinigungs-Niederschlägen,
 - undichter Kanalisation
- entgegenzutreten?

2.3 Welche

- ökologischen Auswirkungen in der Land- und Forstwirtschaft,
- Schäden durch Senkung des Erdreichs, z. B. an Gebäuden,
- sonstigen Schäden

können durch Grundwasserabsenkung infolge zu starker Wasserentnahme entstanden sein, und welche Gegenmaßnahmen können ergriffen werden?

2.4 Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen lokaler oder regionaler Absenkung des Grundwassers (z. B. durch Großbaumaßnahmen im Tiefbau, den Tagebau im rheinischen Braunkohlerevier oder durch Wassergewinnung im Hessischen Ried)? Sind mittel- oder langfristige Maßnahmen zur Auffüllung (wie z. B. in der Breisgauer Bucht) möglich und vorgesehen?

3. Oberflächenwasser

3.1 Welche vorsorglichen Maßnahmen plant die Bundesregierung zur weiteren Verminderung der Verunreinigungen der Oberflächengewässer, insbesondere durch schwer oder gar

nicht abbaubare Stoffe, z. B. durch Phosphate, Schwermetalle und andere wassergefährdende Stoffe sowie zur verstärkten Einführung des jeweiligen Standes der Technik?

- 3.2 Reicht die Berichterstattung über die Gewässergüte in der Bundesrepublik Deutschland vom Umfang und von der Häufigkeit aus, um Stand und Entwicklung der Gewässerbeschaffenheit ausreichend beurteilen zu können?

4. *Industrie-Wasser-Versorgung*

- 4.1 Woraus decken Gewerbe und Industrie das für ihre Zwecke benötigte Wasser, und welche Folgerungen sind nach Ansicht der Bundesregierung daraus zu ziehen, wenn die Industrie ihren Wasserbedarf zum großen Teil durch Eigengewinnung und nicht aus der öffentlichen Wasserversorgung deckt?
- 4.2 Welche Angaben liegen in der Bundesrepublik Deutschland über die voraussichtliche Entwicklung des Industrie-Wasser-Bedarfs unter besonderer Berücksichtigung interner Wasserkreisläufe und wasserarmer Produktionsverfahren vor?
- 4.3 In welchem Umfang wird innerbetriebliche Mehrfachnutzung in der Industrie angewandt, und sind nach Ansicht der Bundesregierung Steigerungen möglich?

5. *Künftige Wasserqualitätsanforderungen*

- 5.1 Wo sieht die Bundesregierung einen Handlungsbedarf, die schon jetzt hohen Anforderungen an die Beschaffenheit des Trinkwassers weiter zu verschärfen?
- 5.2 Wie sieht die Bundesregierung die Eigenverantwortlichkeit der Wasserversorgungsunternehmen im Hinblick auf die Sicherheit der Trinkwasserversorgung?
- 5.3 Wird der Schwerpunkt der Anforderungen sowie der Forschungs- und Entwicklungsförderung künftig verstärkt ausgerichtet auf Aspekte
- der Hygiene,
 - des ökologischen Gleichgewichts, insbesondere im Gewässerbereich und
 - moderner Technologien der Wasseraufbereitung?
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung derartige Vorhaben?
- 5.4 Welche Erkenntnisse über die verschiedenen Verfahren der Trinkwasseraufbereitung liegen der Bundesregierung vor, und wie beurteilt sie diese im Hinblick auf Gesundheit, Umwelt und Wirtschaftlichkeit?
- 5.5 Welche Erkenntnisse über die Verwendung von Zusatzstoffen zum Trinkwasser (z. B. von Fluor) liegen vor, und wie sind sie unter gesundheitlichen Aspekten zu bewerten?

6. Wasserverteilung

6.1 Kann die Bundesregierung angeben, ob die Technologie in der Trinkwasserversorgung (Werkstoffe, Armaturen, Maschinen sowie Regel- und Meßtechnik) in der Bundesrepublik Deutschland weltweitem Standard entspricht oder auf welchen Gebieten noch ein Nachholbedarf besteht?

6.2 Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen von Leitungs- und Behälterwerkstoffen auf das Trinkwasser?

Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Verwendung von Bleirohren bzw. von Rohrmaterialien, die Blei abgeben, in der Trinkwasserversorgung, und welche Möglichkeiten sieht sie, evtl. noch vorhandene problematische Rohrleitungen auszuwechseln?

7. Häuslicher Wasserverbrauch und individueller Beitrag zum Gewässerschutz

7.1 Welchen Beitrag kann der einzelne Bürger dazu leisten, daß sich die Probleme der Wasserversorgung nicht weiter verschärfen sondern entspannen?

7.2 Wie könnte nach Kenntnis der Bundesregierung die hierzu von verschiedenen Stellen bereits geleistete Aufklärungsarbeit noch verbessert werden?

Bonn, den 14. Mai 1985

Dr. Laufs	Hinrichs	Baum
Fellner	Hinsken	Grünbeck
Clemens	Höffkes	Dr. Hirsch
Schmidbauer	Frau Hoffmann (Soltau)	Beckmann
Dolata	Dr. Jobst	Kleinert (Hannover)
Dr. Lippold	Jagoda	Dr. Feldmann
Dr. Blank	Jung (Lörrach)	Dr. Rumpf
Dr. Blens	Dr. Kunz (Weiden)	Frau Seiler-Albring
Broll	Keller	Wolfgramm (Göttingen)
Kalisch	Kraus	Mischnick und Fraktion
Krey	Lenzer	
Dr. Warrikoff	Dr. Miltner	
Dr. Olderog	Marschewski	
Weirich	Dr. Möller	
Weiß	Dr. Riedl (München)	
Gerlach (Obernaeu)	Frau Rönsch	
Regenspurger	Reddemann	
Austermann	Frau Roitzsch (Quickborn)	
Biehle	Roth (Gießen)	
Boroffka	Schneider (Idar-Oberstein)	
Frau Dempwolf	Freiherr von Schorlemer	
Engelsberger	Schulhoff	
Dr. Falthäuser	Schulze (Berlin)	
Gerstein	Seesing	
Glos	Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion	
Dr. Hoffacker		

